



Protokollauszug zum WIRTSCHAFTSAUSSCHUSS

am Dienstag, 08.04.2025, 17:00 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1 Mögliche Einführung einer
Verpackungssteuer
- Öffentliches Hearing

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** begrüßt die Anwesenden. Er eröffnet die Sitzung und ruft Tagesordnungspunkt 1 auf.

OBM **Dr. Knecht** erläutert den Ablauf der Sitzung. Das Thema Verpackungssteuer werde heute in die Gremien eingebracht. Es finde erstmals ein öffentliches Hearing statt, d.h. beteiligte und betroffene Akteure einer Verpackungssteuer bringen ihren Standpunkt zur Einführung einer solchen Steuer zum Ausdruck. Er erläutert einfühend, dass die Verringerung von Verpackungsmüll und die Förderung einer umweltfreundlichen, sauberen Stadt wohl alle eine. Gleichzeitig gebe es Bedarf nach finanziellen Einnahmen in defizitären Städten. Es solle gleichwohl der Wirtschaft und den Gastronomiebetrieben nicht das Leben schwer gemacht werden.

Der **Persönliche Referent** des Oberbürgermeisters stellt anhand einer Präsentation (vgl. Anlage zur Niederschrift) eine Definition und unterschiedliche Kategorien von Verpackungen und Besteuerungsmöglichkeiten vor.

Eine Verpackungssteuer falle unter das Steuerfindungsrecht, erläutert der **Fachbereichsleiter** Finanzen. In Tübingen, bislang der einzigen Stadt in Baden-Württemberg mit einer Verpackungssteuer, werden Einnahmen von jährlich 800.000 Euro erwartet bei gleichzeitigem Bedarf von 2,5 Vollzeitstellen in der Steuerveranlagung. In Tübingen sei die Auswirkung feststellbar, dass die Verpackungssteuer auf die Kundschaft weitergegeben werde.

Es gebe Argumente dafür und dagegen, so OBM **Dr. Knecht**. Es sei wichtig, diese Punkte zu erörtern und die Abwägung zusammen mit der Öffentlichkeit vorzunehmen. Daher seien Sachkundige aus Ludwigsburg eingeladen, ihren Standpunkt im Hearing darzulegen.

Dazu sind eingeladen:

- der 1. Vorsitzende des Kreisverbands DEHOGA,
- der Vorsitzende der NABU-Gruppe Ludwigsburg,
- der Inhaber der Bäckerei Konditorei Lutz GmbH & Co. KG,
- die Vorsitzende des Ortsverbands Ludwigsburg des BUND,

- der Geschäftsführer des Innenstadtvereins LUIS e.V.

Sie legen jeweils die Vor- und Nachteile einer Verpackungssteuer aus ihrer Sicht dar, wobei eine Einführung von den Vertretern von DEHOGA, der Bäckerei Lutz und von LUIS e.V. abgelehnt wird, und von den Vertretern von NABU und BUND befürwortet wird.

OBM **Dr. Knecht** eröffnet sodann die Aussprache.

Der Wortbeitrag von Stadtrat **Sorg** im Wortlaut:

„Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Knecht,
liebe Gäste,
liebe Anwesende!

Wenn Sie die Chance hätten, etwas für die Umwelt zu tun und dabei Einnahmen für die Stadt zu schaffen – würden Sie es tun?

Die Verpackungssteuer fördert die Nutzung von Mehrwegbehältern für Take-away-Speisen und -Getränke. Dadurch sinkt der Einwegmüll. Einwegverpackungen verlieren nach wenigen Minuten, oft sogar Sekunden, ihren Zweck. Dieser Verpackungsmüll verstopft städtische Mülleimer oder landet auf Straßen und Plätzen. Tübingen, eine Stadt vergleichbarer Größe wie Ludwigsburg, hat im ersten Jahr mit der Verpackungssteuer 800.000 Euro eingenommen – bei lediglich 100.000 Euro Personalkosten. Jeder eingesetzte Euro bringt somit etwa acht Euro ein – und die Stadt wird sauberer. Eine saubere Stadt sorgt für ein besseres Sicherheitsgefühl. Ich bin gespannt, welcher WIN LB Vorschlag, eine bessere Bilanz aufweist. Gerne räume ich mit weiteren Gerüchten auf, die hier in die Welt gesetzt worden sind. Der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) hat berechnet, dass deutsche Kommunen jährlich 700 Millionen Euro für die Entsorgung von Einwegmüll ausgeben. Für Ludwigsburg bedeutet das etwa eine halbe Million Euro jährlich – eine Last, die von allen getragen wird, unabhängig davon, ob sie zur Vermüllung beitragen oder nicht. Die Verpackungssteuer sorgt für Gerechtigkeit: Bezahlen sollen die, die Einwegmüll verursachen.

Die Lösung ist Mehrweg. Ludwigsburger Gastronomiebetriebe sind gut aufgestellt, Firma Lutz hat's gezeigt, Käserei Haas hat ein eigenes System aufgebaut. Sein Statement hätte mich dann doch interessiert. Einige nutzen das städtisch geförderte "Local to go"-System, andere setzen auf ReCup oder eigene Lösungen. Zudem müssen die meisten Betriebe durch die Mehrwegangebotspflicht ohnehin Mehrwegbehältnisse anbieten.

Mehr und mehr Städte zeigen, dass die Verpackungssteuer funktioniert. Konstanz hat sie seit Anfang des Jahres. Köln hat die Einführung nach einem Antrag von Grünen und CDU vor einem Monat bereits beschlossen. Weitere Städte werden nachziehen, denn die Steuer ist rechtens. McDonald's hat bis vor das Bundesverfassungsgericht geklagt – und verloren. Das höchste deutsche Gericht hat die Verpackungssteuer als mit allen bestehenden Regelungen konform bestätigt. EU-Regelungen zu Verpackungen und Verpackungsmüll, das Kreislaufwirtschaftsgesetz von Bund und Land, das deutsche Verpackungsgesetz, in dem die dualen Systeme, also grüner Punkt / gelber Sack geregelt sind - alle stehen nicht im Widerspruch zur

kommunalen Verpackungssteuer. Karlsruhe sagt „Der mit der Verpackungssteuersatzung bezweckte Anreiz zur Verwendung von Mehrwegsystemen widerspricht auch keiner seit ihrem Inkrafttreten maßgeblichen Konzeption des bundesrechtlichen Abfallrechts.“ Zitat Ende.

Durch bisherige Regelungen werden kleinste Cent-Beträge auf Verpackungen in der Lieferkette fällig. Jedoch entfalten sie kaum Lenkungswirkung und ist keine Doppelbesteuerung - das hätte Karlsruhe bemerkt. Das Gefühl der Mehrfachbelastung durch eine effektive Verpackungssteuer, kann ich jedoch verstehen. Doch leider sorgt der grüne Punkt nicht für gutes Recycling oder gar weniger Müll. Entsorger kriegen anteilig Geld fürs Recyceln von Verpackungsmüll. Doch Müll sucht sich das billigste Loch. Tatsächlich wird nur das recycelt, was sich wirtschaftlich lohnt. Der Einwegabfall lohnt nicht und wird verbrannt. Doch uns geht es um das Ziel der Abfallvermeidung. Dafür sorgt der Grüne Punkt nicht, dafür sorgt der Einwegkunststofffonds nicht, dafür sorgt die Mehrwegangebotspflicht nach §§33, und 34 Verpackungsgesetz. Dafür kann nur eine Regelung am Verkaufspunkt sorgen. Dort wird der finanzielle Anreiz spürbar. Dort gibt es auch Alternativen durch Mehrweg.

Wie funktioniert die Verpackungssteuer?

- Die 50 oder 20 Cent, die am Verkaufspunkt zu zahlen sind, haben Sie bereits erläutert.
- Die Steuer ist unabhängig vom Material - das ist wichtig zu betonen!
- Steuerpflichtig sind die Betriebe. - Diese können die Steuer an die Kundschaft weitergeben.
- Wer keine 50 Cent extra zahlen will, nimmt Mehrweg. So gibt es keine Mehrbelastung.
- Das ist der finanzielle Anreiz, der wirkt.

Nochmal die gute Nachricht an die Bäcker der Stadt und im Gemeinderat: Transporttüten, wie Bäckertüten für die Laugenbrezeln auch die frisch aus dem Ofen, bleiben steuerfrei, genauso wie Servietten.

Einmal jährlich erklären die Betriebe ihre Verpackungssteuer – ein Aufwand von etwa zwei Seiten. Die Prüfung erfolgt durch die Kämmerei, bei Bedarf mit Vor-Ort-Kontrollen z. B. der Einkaufsbelege von Einwegverpackungen.

Ja, Steuerrecht ist kompliziert. Aber Tübingen und Konstanz haben bereits gezeigt, dass und wie es geht. Es gibt keinen Grund, die Verpackungssteuer in Ludwigsburg nicht ebenso pragmatisch umzusetzen.

Manche in dieser Runde haben sich bereits über Detailfragen wie "Besteuerung warmer und kalter LKWs" oder "die Länge von Besteck" lustig gemacht. Aber auch die Mehrwertsteuerregelung ist nicht immer logisch. Denn dort ist es ja heute schon so, dass 7 % Mehrwertsteuer anfallen, beim take-away-Essen. Wer aber sein Essen im Sitzen genießt, zahlt 19 %. Für mich auch nicht nachvollziehbar, wieso im Café ein Glas Kuhmilch mit 7 % besteuert wird, während ein Glas Hafermilch mit 19 % besteuert wird.

Da werden wir für Ludwigsburg gute Lösungen für LKW, Popcorn und Drive-In finden! Werte Herren Angus und Lutz, wegen mir können wir Drive-In gerne aufnehmen, wie Konstanz.

Entscheidend ist jetzt der gemeinsame Dialog mit der Gastronomie.

-
- Viele Restaurants ohne Take-away-Angebot fallen ohnehin aus der Regelung heraus.
 - Vor allem internationale Fast-Food-Ketten und Imbisse sind betroffen.
 - Steigt die Mehrwegnutzung, sparen Betriebe Verpackungskosten und profitieren langfristig.

Die Verpackungssteuer darf aber nicht allein Haushaltslöcher stopfen. Ein Teil der Einnahmen soll an Betriebe mit Mehrwegangeboten zurückfließen. Zusätzlich brauchen wir daher:

1. Finanzielle Förderung für die Einführung von Mehrwegsystemen und Anreize ganz auf Mehrweg umzustellen.
2. Unterstützung beim Kauf von Gastrospülmaschinen.
3. Verbesserte Mehrweglogistik mit systemübergreifenden Rückgabestationen, damit die Kundschaft einfach an mehreren Orten Behälter zurückgeben kann

Ich bin dafür an anderer Stelle Belastungen zu reduzieren, etwa bei Werbevorgaben oder Außenbestuhlung, um den Gastro-Betrieben entgegenzukommen. So kriegen wir das Bürokratiemonster gezähmt, das hier bereits aufgeblasen wurde.

Neben der Angstmacherei vor Monstern wird auch gern ein möglicher Flickenteppich als Ausrede geknüpft. Es gibt ein lokales Problem mit Vermüllung – das können wir auch lokal lösen. Die kommunale Selbstverwaltung wurde durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts gestärkt. Nur Kommunen können diese Steuer einführen, nicht Kreis, Land, Bund oder EU. Wer auf höhere Ebenen verweist, sucht eine Ausrede, um nicht zu handeln. Und weitere Appelle an den Zeitgeist oder Bildung werden nicht fruchten.

Laut Bundesverfassungsgericht handelt es sich nämlich um eine „örtliche“ Verbrauchssteuer. Den entsprechenden Artikel im Grundgesetz haben Sie genannt. Auf diesen können sich baden-württembergische Kommunen in Verbindung mit § 9 Absatz 4 Kommunalabgabengesetz Baden-Württemberg berufen.

Wir könnten auch eine kreisweite oder regionsweite Initiative starten, um gleich lautende Satzungen zu erlassen. Niemand hindert Freiberg oder Esslingen auch aktiv zu werden. Im Stuttgarter Gemeinderat gibt es eine Mehrheit für die Verpackungssteuer.

Dann wird gern auch eine Studie aus Tübingen unvollständig zitiert, verbunden mit der Behauptung das Abfallaufkommen sei nicht weniger geworden. Das ist aber falsch. Man muss die englische Vollversion ganz lesen. Übersetzt heißt es dort, dass Einweggeschirr zu leicht sei. Für eine Messung der Reduktion ist das Gewicht wohl zu leicht, um erkannt zu werden. Na logisch! Wenn täglich dutzende von sehr leichten Einwegverpackungen eingespart werden, wird das von Sektflaschen, illegal entsorgtem Restmüll usw. gewichtstechnisch trotzdem überlagert. Dennoch hat die Reduktion von zahlreichen Einwegverpackungen Einsparungen beim Ressourcenverbrauch und bei Treibhausgasen zur Folge.

Die Wirkung ist offensichtlich: Jürgen Bürker, Leiter Bauhof - Kommunale Servicebetriebe Tübingen (KST) sagt:

„Seit Einführung der Verpackungssteuer haben wir spürbar weniger Geschäft damit, lose Verpackungen einzusammeln, da die Mülleimer nicht mehr so schnell voll sind.“
Zitat Ende.

Also ein geringerer Aufwand bei der Straßenreinigung, Herr Fischer.

Dieses Erfolgserlebnis sollten wir unserem Herrn Schroff auch gönnen. Straßenreinigung kostet. Die Technischen Dienste Ludwigsburg leisten großartige Arbeit. Aber es kann nicht sein, dass mit Steuergeldern denen hinterhergeräumt wird, die die Umwelt verschmutzen.

Mehrweg funktioniert. Es gibt damit keine Hygieneprobleme, wie der Lebensmittelverband und DEHOGA bestätigen. Und im Gegensatz zu herumliegenden Einwegverpackungen zieht Mehrweg auch keine Ratten an.

Zum Abschluss: neben (1) der Steigerung von Mehrwegnutzung, (2) der Reduktion von Verpackungsmüll und (3) Einnahmesteigerung ist die Verpackungssteuer auch eine Chance für neue Geschäftsmodelle. Mehrwegfirmen profitieren, lokale Betriebe bleiben wettbewerbsfähig. Das Bundesverfassungsgericht hat festgestellt: "Es gibt keine Anhaltspunkte für eine die Geschäftsaufgabe erzwingende Wirkung der Verpackungssteuer." Gastronomie kommt und geht, aber nicht wegen einer Verpackungssteuer.

Ludwigsburg braucht leider Einnahmen. Wer gegen die Verpackungssteuer ist, muss alternative Einnahmequellen nennen.

Ich habe hier die Vesperdose von meinem Kind dabei. Damit kann man auf dem Markt oder auch im Laden ohne Hygieneeinwände einkaufen. Die hat mein Kind als Dankeschön von unseren TDL bekommen, dafür dass er bei der Putzede vom Kindergarten mitgemacht hat. Die Dose ist super. Die Putzede ist pädagogisch wichtig, damit Kinder frühestmöglich lernen ihre Umwelt zu schützen. Aber im Grunde kann es nicht sein, dass wir unsere Kinder in die Büsche schicken, damit die den Müll dort rausfischen! Wir müssen an die Ursache ran. Eine Verpackungssteuer sorgt genau dafür, dass die zahlen müssen, die nicht Mehrweg wollen. Sie sorgt für weniger Einwegmüll in und um die Mülleimer, für Einnahmen, die die Stadt dringend braucht und für ein sauberes Ludwigsburg."

Stadtrat **Herrmann** findet das Format eines Hearings sehr gut. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, dass eine Verpackungssteuer unter Bezugnahme auf das Steuerfindungsrecht für rechtmäßig erklärt hat, hält er für rechtlich gut, aber für politisch falsch. Der bürokratische Aufwand sei groß, zudem werde auf das gleiche Produkt eine zusätzliche Steuer eingeführt. Das Müllaufkommen sei in Ludwigsburg durch verschiedene Maßnahmen zuletzt zurückgegangen, auch ohne eine Steuer. Die Bürger werden mit einer Steuer über Gebühr belastet. Es sei keine neue Steuer nötig. Vielmehr sollten Mehrweg-Programme gefördert und weitere Anreize geschaffen werden, anstatt Steuern und Verbote.

Stadtrat **Zeltwanger** begrüßt die Diskussion, da Müll zu reduzieren und Abfall zu vermeiden das Anliegen von allen sei. Eine Bewusstseinsbildung sei gut; allerdings durch Anreize und nicht durch eine Steuer. Auch das Dosenpfand habe nicht die beabsichtigte Wirkung gezeigt, es gebe nicht weniger Dosen. Die meisten Verpackungen aus dem Supermarkt seien ohne steuerfrei und auch essbare Waffelbecher für Pommes würden im Müll landen. Da Lieferdienste ausgenommen seien, solle nicht durch die Hintertür große Lieferanten wie Amazon u.Ä. gefördert werden. Die Lösung der Steuer wie in Tübingen sei nicht gerecht und zielführend. Um den Haushalt zu sanieren, müssen die Ausgaben reduziert werden, nicht die

Einnahmen erhöht werden. Eine große Möglichkeit von Abfallvermeidung sei das Thema im Baubereich; dieses sei von der Steuer gar nicht erfasst.

Stadtrat **Dr. O'Sullivan** bezeichnet das Format als herausragend. Im Sinne einer Sachverständigenanhörung habe er viele neue Informationen erhalten. Nachdem die Steuer nun höchststrichterlich ermöglicht sei, gebe es viel Spielraum für eine Einführung. Er freut sich über eine Debatte in der Stadt über die Grenzen der heutigen Sitzung hinaus. Trotz des von vielen gelobte offene Format seien die meisten Fraktionen in ihrer Meinung bereits vorfestgelegt. Die Verpackungssteuer sei eine Lenkungssteuer, die vorhandene zunehmende Vermüllung aufhalten kann. Die Einführung der Steuer kann auch ein sanfter Anreiz auf die Einführung von Mehrwegsystem sein. Auf Einwegverpackungen sei bislang noch nicht verzichtet worden. Klar sei, dass in der Gastronomie keine Arbeitsplätze wegfallen sollen. Es gebe sicherlich weiter Gesprächsbedarf in der Gesellschaft und auch mit den Nachbarkommunen.

Stadträtin **Kuhnke** lehnt eine Verpackungssteuer ab. Dies sei einer von realitätsfernen und ideologischen Vorschlägen. Eine Steuer bringe wenig und treffe die Fleißigen, sie schaffe mehr Bürokratie und werde schließlich auf Kunden umgelegt. Eine solche Steuer bezeichnet sie als Umerziehungspolitik und Strafsteuer.

Stadtrat **Haag** sieht vor allem hohen Aufwand auf allen Seiten. Für die Unternehmen und auch Kunden, wie auch die Stadtverwaltung sei dies nicht zumutbar. Klar sei, dass Einwegverpackungen reduziert werden sollen und dafür Mehrweg ausgebaut werden soll. Er sieht auch eine Ambivalenz zwischen dem Anspruch, hohe Einnahmen zu generieren und gleichzeitig möglichst wenig Einwegverpackungen und damit wenig Steuern zu haben. Seine Fraktion wolle keine neue Bürokratie schaffen.

Stadtrat **Dogan** habe noch keine abschließende Meinung zum Thema und lobt das Format des öffentlichen Hearings. Trotz der Bemühung, das Müllaufkommen zu reduzieren, sollten die Risiken nicht außer Acht gelassen werden. Er werde noch Einzelgespräche mit Gastronomen führen, auch wegen möglicher Umsatzauswirkungen der Unternehmen.

OBM **Dr. Knecht** dankt für die Rückmeldungen. Diese Form des Hearings sei bei diesem Thema sinnvoll, eine andere Form der Sachverständigenanhörung sei die schriftliche. Er bedankt sich auch für die variantenreiche Diskussion, die nun weitergeführt werde. Ein etwaiger Verwaltungsvorschlag auf Einführung einer Steuer werde auch Vorschläge zum Ausbau von Mehrwegsystemen beinhalten.

Er schließt mit Dank an die externen Vertreter der Verbände und Unternehmen den Tagesordnungspunkt.

Es schließt sich eine zehnminütige Sitzungspause vor dem Tagesordnungspunkt 2 an.

Stadtrat **Meyer** spricht von einem harten Stück Arbeit, die Tendenz des Grundsteueraufkommens sei bekannt gewesen. In der Grundsteuerberechnung habe Baden-Württemberg einen Sonderweg gewählt, aber auch in anderen Bundesländern gebe es Gewinner und Verlierer. Der Bodenrichtwert sei in dieser Detailschärfe vorher nicht möglich gewesen. Hier müsse ggf. nachbegutachtet werden. Die CDU hält den Hebesatz nicht für zu niedrig. Eine etwaige Erhöhung des Hebesatzes sieht die Fraktion eher 2027 als schon 2026. In den Haushaltsberatungen werde dies wohl thematisiert werden.

Er habe Hochachtung vor den Mitarbeitern der Kämmerei angesichts der vielen Anrufer, sagt Stadtrat **Raasch**. Er fragt, ob die Linie der Aufkommensneutralität erreichbar sei oder ob wirklich eine Erhöhung nötig sei.

Stadtrat **Dr. O'Sullivan** sieht eine Einspruchsmöglichkeit eher gegen die Grundsteuermessbescheide der Finanzämter. Die Einsprüche gegen die städtischen Grundsteuerbescheide seien zudem gebührenpflichtig. Er vermutet, dass die Höhe des Hebesatzes Thema bei den Haushaltsberatungen im Herbst werde.

Stadträtin **Kuhnke** zufolge seien die Reaktionen der Bürger zu erwarten gewesen. Sie fragt nach den aktuellen Ausständen der Zahlungen. Sie wolle zum jetzigen Zeitpunkt keine Diskussion über Hebesätze führen.

Stadtrat **Haag** meint, dass die Gutachterausschüsse gut gearbeitet haben. Die Gutachten seien aber nur 7 Jahre gültig. Also werden 2029 die gleichen Diskussionen wieder geführt.

Vieles hätten die Bürger nicht gewusst, so Stadtrat **Dogan**. Es sei nicht gut, dass 600.000 Euro im Haushalt fehlen würden.

Der Gutachterausschuss würde auf Antrag die Gutachten überprüfen, führt OBM **Dr. Knecht** aus.

Die **Mitarbeiterin** des Fachbereichs Finanzen erläutert, dass es verschiedene Gründe für Änderungsbescheide gebe. Die Soll-Linie der Aufkommensneutralität werde vielleicht erreicht, dies könne aber nicht vorhergesehen werden. Ihr Team berate die Bürger, sodass gebührenpflichtige Widersprüche möglichst vermieden werden.

Beratungsverlauf:

Es erfolgt ein Bericht durch einen **Vertreter** des Büros Sippel.Buff, Netzwerk für Planung und Kommunikation zum aktuellen Stand des Stadtteilentwicklungskonzepts Hoheneck anhand einer Präsentation (vgl. Anlage zur Niederschrift). Die gewonnenen Erkenntnisse würden weit in die Zukunft weisen.

Stadträtin **Schittenhelm** lobt das gute Verfahren und die rege Teilnahme der Hohenecker. Die große Verbundenheit mit dem Heilbad habe sich wieder gezeigt. Die beschriebenen Konflikte zwischen Radfahrern und Fußgängern an den Uferwiesen seien bekannt. Auch andere Erkenntnisse aus dem Beteiligungsverfahren seien nicht neu.

Stadtrat **Meyer** meint, dass Pläne in den Schubladen auch umgesetzt werden müssen. Die Erwartungen der Bürgerschaft werden durch solche Verfahren geweckt. Er fragt, wie die Stadtteilentwicklungskonzepte in den anderen Stadtteilen umgesetzt wurden und regt an, immer wieder über den aktuellen Stand zu berichten. In Zeiten der angespannten Haushaltslage und Konsolidierungsbemühungen wie WIN LB stelle sich die Frage, was aus Konzepten überhaupt umgesetzt werden könne.

Stadtrat **Zeltwanger** führt aus, dass es genug Ideen für Hoheneck gebe. Er hält es für sinnvoll, wenn das Gremium 5 Prioritäten festlegt und diese vorantreibt; möglichst vor dem Workshop mit dem Stadtteilausschuss, um nicht zu hohe Erwartungen zu wecken. Er fragt konkret nach den Ideen für den Hungerberg und fordert, Neu-Hoheneck, die Schule, die Jugend und altersgerechtes Wohnen verstärkt in den Blick zu nehmen. Der zweite Weg entlang der Uferwiesen sei auf jeden Fall nötig.

Der Input der Bürgerschaft sei gut gewesen, sagt Stadtrat **Dr. O'Sullivan**. Die verschiedenen Formen der Bürgerbeteiligung seien in einer vergangenen Sitzung vorgestellt worden. Es stelle sich für ihn die Frage, ob ein Stadtteilentwicklungskonzept für eine solche Bürgerbeteiligung geeignet sei. Erwartungen aus solchen Formaten würden nie erfüllt werden können. Manche Dinge könnten auch außerhalb des Prozesses entwickelt werden.

Stadträtin **Kuhnke** fragt, wie die Budgets auf die anderen Stadtteile verteilt seien.

Stadtrat **Haag** erkundigt sich, in welche Richtung die Wilhelm-Nagel-Straße als Einbahnstraße geprüft werde. Die Trennung des Neckarradwegs sei auf jeden Fall nötig. Er erinnert an den Antrag seiner Fraktion zu vermehrtem Crowdfunding, dies wäre für Projekte in den Stadtteilen eine gute Möglichkeit.

Es seien zum Teil sehr wichtige Vorschläge aus der Bürgerschaft gekommen, so Stadtrat **Dogan**. Die Frage sei, wie viel die Maßnahmen kosten würden. Viele Projekte würden aber nicht viel Geld kosten. Es sei nötig, die Erwartungen realistisch zu kommunizieren.

OBM **Dr. Knecht** spricht über die schwierige Haushaltslage und dass die Zeiten von „Wünsch-Dir-was“ leider vorbei seien. Diese Realität müsse auch in die Stadtteile

getragen werden. Die Bürgerbeteiligung werde auch genutzt, um bestimmte Themen in die Stadtteile zu kommunizieren. Bspw. seien in Oßweil Forderungen, die 50 Mio. Euro gekostet hätten, nun auf 2 Mio. heruntergebracht worden. Die Wahrheit sei, dass vieles nicht mehr realisiert werden könne.

Der **Leiter** des Referats für Stadtentwicklung, Klima und Internationales führt aus, dass es in anderen Stadtteilen, wie in Neckarweihingen integrierte Handlungskonzepte gebe. Daraus abgeleitet seien dort z.B. städtebauliche Mittel des Landes zur Verfügung. Hinweise für die Arbeit vor Ort seien von allen Ebenen wichtig, auch aus den Stadtteilausschüssen und aus dem Gemeinderat.

Der **Vertreter** des Büros Sippel.Buff, Netzwerk für Planung und Kommunikation beschreibt die verschiedenen Planungshorizonte der Vorschläge, die parallel und auch im Kleinen Fortschritte erzielen würden. Auch langfristige Ziele und Visionen seien Teil dieser Melange.

OBM **Dr. Knecht** dankt mit dem Hinweis, dass nicht alle Vorschläge einen Planungsauftrag nach sich ziehen würden, für die Rückmeldungen und schließt den Tagesordnungspunkt.

Beschluss:

1. Der Gemeinderat beschließt, die Entgeltabrechnung für bis zu 800 Personalabrechnungsfälle ab 01.05.2025 für den Zeitraum von zwei Jahren an den Personalabrechnungsservice Komm.One zu übertragen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die notwendigen Schritte zur Umsetzung einzuleiten und einen entsprechenden Dienstleistungsvertrag mit Komm.One mit einem Auftragsvolumen von ca. 327.000 € für diesen Zeitraum abzuschließen.
3. Die Deckung der überplanmäßigen Aufwendungen für die Teilauslagerung im Rechnungsjahr 2025 in Höhe von 109.400€ erfolgt durch im Personalhaushalt finanzierte, aber nicht besetzte Stellen in der Abteilung Personalabrechnung. Die Deckung für die zusätzlich in den Rechnungsjahren 2026 (163.200€) und 2027 (54.400€) zu finanzierenden Aufwendungen erfolgt in den jeweiligen Rechnungsjahren durch die Aussetzung der Finanzierung und Wiederbesetzung von im Stellenplan bei der Abteilung Personalabrechnung ausgewiesenen Planstellen in entsprechendem Umfang.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Beratungsverlauf:

Die **Fachbereichsleiterin** Organisation und Personal erläutert die beabsichtigte Teilauslagerung bei der Personalabrechnung. Sie geht dabei auf die Beschlussvorlage 085/25 ein. Die Auslagerung erfolge, weil das verbleibende Personal durch Weggang und Krankheitsfälle vor einer Überlastung bewahrt werden solle. Zudem sei es auch im Sinne von WIN LB eine Möglichkeit zur Einsparung von Personalkosten. Zudem könne durch die Teilauslagerung Erfahrungen mit dem Dienstleister gesammelt werden. Ggf. sei eine Ausweitung auf mehr ausgelagerte Personalabrechnungsfälle in der Zukunft sinnvoll.

Für Stadtrat **Sorg** zeige die Thematik, dass es an Fachpersonal mangle. Ob eine weitere Auslagerung sinnvoll sei, werden die Erfahrungen zeigen. Er fragt, wie viele Stellen in welchen Entgeltgruppen vakant seien.

Stadtrat **Herrmann** meint, dass durch die Auslagerung die nicht mehr nötigen Personalkosten als Sachkosten verbucht werden, sich also keine wirkliche Einsparung ergebe. Er erkundigt sich, ob weitere Auslagerungen im Personalbereich geplant seien.

Damit das Personal pünktlich das Gehalt bekomme, sei der Schritt wichtig, so Stadtrat **Raasch**. Die Auslagerung von zunächst zwei Jahren werde wahrscheinlich nicht ausreichen.

Stadtrat **Dr. O'Sullivan** bezeichnet die Personalabrechnung als komplexe Arbeit, für die es wenig Fachpersonal gebe. Eine zentralisierte Behörde wie das Landesamt für Besoldung und Versorgung wäre für alle Kommunen angebracht.

Aus Sicht von Stadträtin **Kuhnke** sei die Teilauslagerung sinnvoll.

Stadtrat **Haag** fragt, ob es andere Dienstleister gebe, die diese Aufgabe übernehmen können.

Stadtrat **Dogan** stimmt der Vorlage zu. Er fragt, welche Risiken bei einer Komplettauslagerung bestehen würden.

Die **Fachbereichsleiterin** antwortet, dass es keine Verpflichtung für den ausgewählten Dienstleister gebe, allerdings sei durch den bestehenden Rahmenvertrag eine direkte Beauftragung möglich. Die Auswirkungen bei einer kompletten Auslagerung würden derzeit eruiert und im Rahmen von WIN LB weiter untersucht. Im Bereich Personal sei derzeit nur eine Auslagerung der

Personalabrechnung möglich. Die vier derzeit vakanten Stellen seien mit Entgeltgruppe 9a bewertet.

OBM **Dr. Knecht** dankt für die Rückmeldungen und stellt die Vorlage zur Abstimmung. Er schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.